

1970  
2020



30 Jahre

KREIS  
OSTHOLSTEIN

KREIS OSTHOLSTEIN • Postfach 433 • 23694 Eutin

**Der Landrat**

**Fachdienst Regionale Planung  
Bauleitplanung / TÖB-Stelle**

eMail [verfahren@ploh.de](mailto:verfahren@ploh.de)  
PLANUNGSBURO OSTHOLSTEIN  
Tremskamp 24  
23611 Bad Schwartau

**Geschäftszeichen**

6 61 1-ToB 0184  
04991-20

**Auskunft erteilt**

Frau Hopmann

**Telefon**

04521-788-375

**Fax**

04521-788-96375

**E-Mail**

[b.hopmann@kreis-oh.de](mailto:b.hopmann@kreis-oh.de)

**Datum**

18.11.2020

**Aufstellung des B-Plan Nr. 126 der Stadt Fehmarn**

**Gebiet: OT Burg auf Fehmarn für Wohnbebauung im Bereich südlich Am Südersoll,  
westlich der Strandallee, nördlich An der Reiterkoppel und östlich des Staakensweges  
Ihr Schreiben vom 22.10.2020**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den Planungen wurden nachstehende Fachbehörden des Kreises beteiligt

- Bauleitplanung
- Boden-, Grundwasser- und Gewässerschutz
- Naturschutz
- Bauordnung einschließlich Brandschutz

**Nachfolgend aufgeführte Fachdienste bitten um Berücksichtigung ihrer Belange:**

**1. Bauleitplanung**

Außerung nach § 4 Abs. 1 BauGB (Frühzeitige Behördenbeteiligung)

Der Umfang und Detaillierungsgrad des Umweltberichts, der einen besonderen Teil der Begründung bildet, ist entsprechend der Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2 a BauGB vorzunehmen. Dabei sind die Auswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter in Form einer Checkliste abzuarbeiten.

**Ortsplanung und Planungsrecht**

Im weiteren Verfahren ist die Unschädlichkeit der Geruchsimmissionen der angrenzenden Reit- und Sportanlage gutachterlich zu belegen.

Darüber hinaus ist die Fläche kein Wohnbauflächenpotenzial, gem. der Wohnbauflächenpotenzialanalyse zum Flächennutzungsplan, dafür fehlt der Fläche in der Potenzialanalyse die dementsprechende Schraffur.

**2. Grundwasserschutz**

**Adresse**

Kreis Ostholstein  
Fachdienst Bauordnung  
Lubecker Str. 41  
23701 Eutin

**Kontakt**

Telefon +49 4521 788-0  
Telefax +49 4521 788-597  
E-Mail [bauamt@kreis-oh.de](mailto:bauamt@kreis-oh.de)  
Internet [www.kreis-oh.de](http://www.kreis-oh.de)

**Offnungszeiten**

Mi 13.30 – 16.00 Uhr  
Fr 8.00 – 12.30 Uhr  
oder nach Vereinbarung

**Bankverbindung**

Sparkasse Holstein  
IBAN DE 77 2135 2240 0000 0074 01  
BIC NOLADE21HOL

Aus Sicht des Grundwasserschutzes gibt es keine grundsätzlichen Bedenken gegen das Vorhaben

Es wird gebeten, folgende Anregung aufzunehmen

Bei der Gestaltung privater Gärten ist in letzter Zeit ein Trend zu sogenannten Steingärten zu beobachten. Hier kommt es teilweise zu zusätzlichen Boden-Versiegelungen. Durch die fehlende Begrünung sinkt die natürliche Filterwirkung des Bodens, wenn Regenwasser versickert. Dazu erhöht sich die abzuführende Niederschlagswassermenge.

Außerdem verringert sich der kühlende und wasserspeichernde Effekt von Grünflächen in Trockenzeiten. Die notwendigen Wartungen solcher Flächen stellen außerdem durch den häufigen Einsatz von Chemikalien eine Umweltbelastung dar. Ein weiteres Argument ist hier der fehlende Beitrag zur Artenvielfalt.

Verschiedene Städte und Gemeinden unterbinden die Gestaltung solcher Stein-Gärten bereits durch entsprechende Regelungen in den B-Plänen.

### **3. Gewässerschutz**

Zum Vorhaben, im Ortsteil Burg ein Neubaugebiet planungsrechtlich zu ermöglichen, sind aus wasserrechtlicher Sicht nachstehende Hinweise zu beachten:

#### Niederschlagswasser

Aufgrund des Anschlusses von Verkehrsflächen (Zufahrten, Parkflächen) ist auch eine Regenwasserklärung vorzusehen.

Die Aufbereitung des auf den Verkehrsflächen anfallenden Niederschlagswassers hat gemäß den sog. „Technischen Bestimmungen zum Bau und Betrieb von Anlagen zur Regenwasserbehandlung bei Trennkanalisation“ (s. Amtsblatt Sch.-H. 1992 Nr. 50, S. 829 ff.) zu erfolgen.

Zusätzlich sind die Hinweise des Merkblatts 153 „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser“ der DWA (Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.) zu beachten.

Durch die Planung kommt es zu einer erhöhten Versiegelung und damit zu einer erhöhten Menge abzuleitendes Oberflächenwasser.

Hierbei sind insbesondere für Neubaugebiete die sog. „Wasserrechtlichen Anforderungen zum Umgang mit Regenwasser in Schleswig-Holstein, Teil 1 Mengenbewirtschaftung, A-RW 1“ zu beachten.

Am 10.10.2019 ist der Erlass „Wasserrechtliche Anforderungen zum Umgang mit Regenwasser in Schleswig-Holstein Teil 1 Mengenbewirtschaftung A-RW 1“ in Kraft getreten. Gemäß diesem Erlass ist ein Nachweis der schadlosen Regenwasserbeseitigung zu erbringen.

Dieser ist derzeit nicht Bestandteil der vorgelegten Unterlagen.

Je nach zu ermittelndem Fall werden entsprechende weitere Nachweise benötigt.

Es werden hierbei drei Fälle unterschieden:

Fall 1) weitgehend natürlicher Wasserhaushalt. Keine Nachweise erforderlich.

Fall 2) deutlich geschädigter Wasserhaushalt. Nachweise zur Einhaltung des bodenvollen Abflusses, zur Vermeidung von Erosion bzw. zur Vermeidung von Grundwasseraufhöhung sind zu erbringen.

Fall 3) Extrem geschädigter Wasserhaushalt Zusätzlich zu den unter Fall 2) aufgeführten Nachweisen ist ein regionaler Nachweis zu führen, der weitere Niederschlagswassereinleitungen berücksichtigt

Die Erschließung kann seitens der Unteren Wasserbehörde des Kreises Ostholstein (hier Fachdienst 6 20 Natur und Umwelt) nur als gesichert gelten, wenn eine wasserrechtliche Erlaubnis für die geplante Regenwasserentwässerung in Aussicht gestellt werden kann

Es sollte grundsätzlich versucht werden, die Entwässerung derart zu gestalten, dass der Fall 1 erreicht wird

Dies ist nicht nur im Sinne eines modernen und nachhaltigen Regenwassermanagements, es verringert auch die ab- bzw einzuleitende Regenwassermenge (was sich wiederum auf die erforderliche Bemessung der Behandlungsanlagen auswirkt) Hierfür bieten sich Maßnahmen an, die dazu beitragen, anfallendes Niederschlagswasser vor Ort zu versickern bzw zu verdunsten wie etwa Mulden-/Rigolensysteme, Flächenversickerung, Dachbegrünung, Rasengittersteine, Fassadenbegrünung, Baumpflanzungen oder klassische Rückhaltemaßnahmen Die örtliche Versickerungsfähigkeit des Bodens kann im Rahmen der baugrundgutachterlichen Untersuchungen erfasst werden

Weiterhin ist in der Bauleitplanung die Notwendigkeit einer Rückhaltung (DVA-Arbeitsblatt A 117) zu überprüfen und die Machbarkeit von Lösungen entsprechend in der Begründung der B-Planung darzulegen

Die Frage der hydraulischen Leistungsfähigkeit des Verbandsvorfluters bzw die notwendige Rückhaltung ist mit dem zuständigen Wasser- und Bodenverband Fehmarn Nord-Ost im Vorwege einvernehmlich zu klären

Sollte eine Rückhaltung notwendig sein, sollte die Fläche hierfür bereits im B-Plan festgelegt werden

#### **4. Naturschutz**

Die geplanten Wohnbauflächen entwickeln sich bis auf einen Bereich im Nordwesten aus dem Landschaftsplan

Durch diese Planung werden jedoch folgende Rechtsvorschriften verletzt, wenn der Bauleitplan in dieser Form wirksam wird:

##### **Geschützte Biotope/Knicks**

Nach der vorliegenden Planung wird der in nordsüdlicher Richtung verlaufende Knick im Norden, an der Grenze zwischen den Flurstücken 129/73 und 348/74, Flur 8, Gemarkung Burg, durch das WA I überplant Der Knick ist im Landschaftsplan dargestellt und nach dem Luftbild von 2019 noch vorhandenen In der Begründung werden dazu keine Aussagen getroffen

Knicks gehören zu den geschützten Biotopen gemäß § 30 BNatSchG i V m § 21 LNatSchG Für die Beseitigung des Knicks ist eine Ausnahmegenehmigung der unteren Naturschutzbehörde erforderlich, die zu dem jetzigen Zeitpunkt nicht in Aussicht gestellt werden kann, da eine Begründung für das Erfordernis der Knickbeseitigung nicht vorliegt Die Planung ist entsprechend zu überarbeiten und der Knick ist unter Berücksichtigung des Biotopverbundes als zu erhalten darzustellen

## 5. Bauordnung / Brandschutz

Im Baufeld WA II 0,3 sind ausschließlich Hausgruppen zulässig. Dabei sind die Gebäude mit Ausnahme der jeweils äußeren Gebäude, ohne eigene Abstandsflächen an die Grundstücksgrenzen zu bauen. Das Baufeld grenzt nur mit der südöstlichen Grundstücksecke an die öffentliche Verkehrsfläche an. (Hier fehlt im Übrigen die Festsetzung der Zufahrt, die aber durch den gewählten Standort zur Anpflanzung eines Baumes beeinträchtigt wird). Die Kombination der Festsetzung „nur Hausgruppen zulässig“ mit der Anordnung der Baufenster in dem Baugebiet und der Position der einzig möglichen Zufahrt ist die Erschließung nicht gesichert.

### Brandschutz

Die Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung muss öffentlich-rechtlich gesichert sein.

Holzverkleidete Außenwände, siehe Text Nr. 8.3 (2), sind gem. § 29 LBO nur bis zur Gebäudeklasse 3 ohne Einschränkungen möglich, insoweit sollten diese im WA IV-Gebiet ausgeschlossen werden.

Bei möglicher weicher Bedachung (bis Gebäudeklasse 3) und für das WA IV-Gebiet sind mindestens 96 m³ Löschwasser pro Stunde im Umkreis von 300 m nachzuweisen. Bei Heranziehung eines Löschwasserteiches ist DIN 14210 zu beachten.

### Allgemeines

1. Es wird darauf hingewiesen, dass je eine Durchschrift dieses Schreibens an das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration, Abteilung Landesplanung sowie an das Referat Stadtbau und Ortsplanung, Stadtebaurecht gelangt.
2. Es wird um Übersendung des Abwagungsergebnisses gebeten, wenn möglich per E-Mail an [bauleitplanung@kreis-oh.de](mailto:bauleitplanung@kreis-oh.de).

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag  
gez.

Hopmann

Diese Stellungnahme ist maschinell erstellt und deshalb ohne Unterschrift gültig.  
Die Unterschrift ist nur zum Nachvollzug der Bearbeitung vorhanden.

Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein  
Brockdorff-Rantzau-Str 70 | 24837 Schleswig

Planungsbüro Ostholstein  
z Hd Frau Ines Schroedter  
Tremskamp 24  
23611 Bad Schwartau

Obere Denkmalschutzbehörde  
Planungskontrolle

Ihr Zeichen /  
Ihre Nachricht vom 22.10.2020/  
Mein Zeichen Fehmarn-Burg-Bplan126/  
Meine Nachricht vom /

Kerstin Orlowski  
kerstin.orkowski@alsh.landsh.de  
Telefon 04621 387-20  
Telefax 04621 387-54

Schleswig, den 24.11.2020

**Stadt Fehmarn: Bebauungsplan Nr. 126 für ein Gebiet im Ortsteil Burg auf Fehmarn für Wohnbebauung im Bereich südlich Am Südersoll, westlich der Strandallee, nördlich An der Reiterkoppel und östlich des Staakensweges  
Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB**

Stellungnahme des Archäologischen Landesamtes Schleswig-Holstein

Sehr geehrte Frau Schroedter,

wir können zurzeit keine Auswirkungen auf archäologische Kulturdenkmale gem § 2 (2) DSchG in der Neufassung vom 30.12.2014 durch die Umsetzung der vorliegenden Planung feststellen. Daher haben wir keine Bedenken und stimmen den vorliegenden Planunterlagen zu.


Der überplante Bereich befindet sich jedoch in einem archäologischen Interessengebiet, daher ist hier mit archäologischer Substanz d.h. mit archäologischen Denkmälern zu rechnen.

Wir verweisen deshalb ausdrücklich auf § 15 DSchG: Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich unmittelbar oder über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die Mitteilung einer oder eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Die nach Satz 2 Verpflichteten haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung.

Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

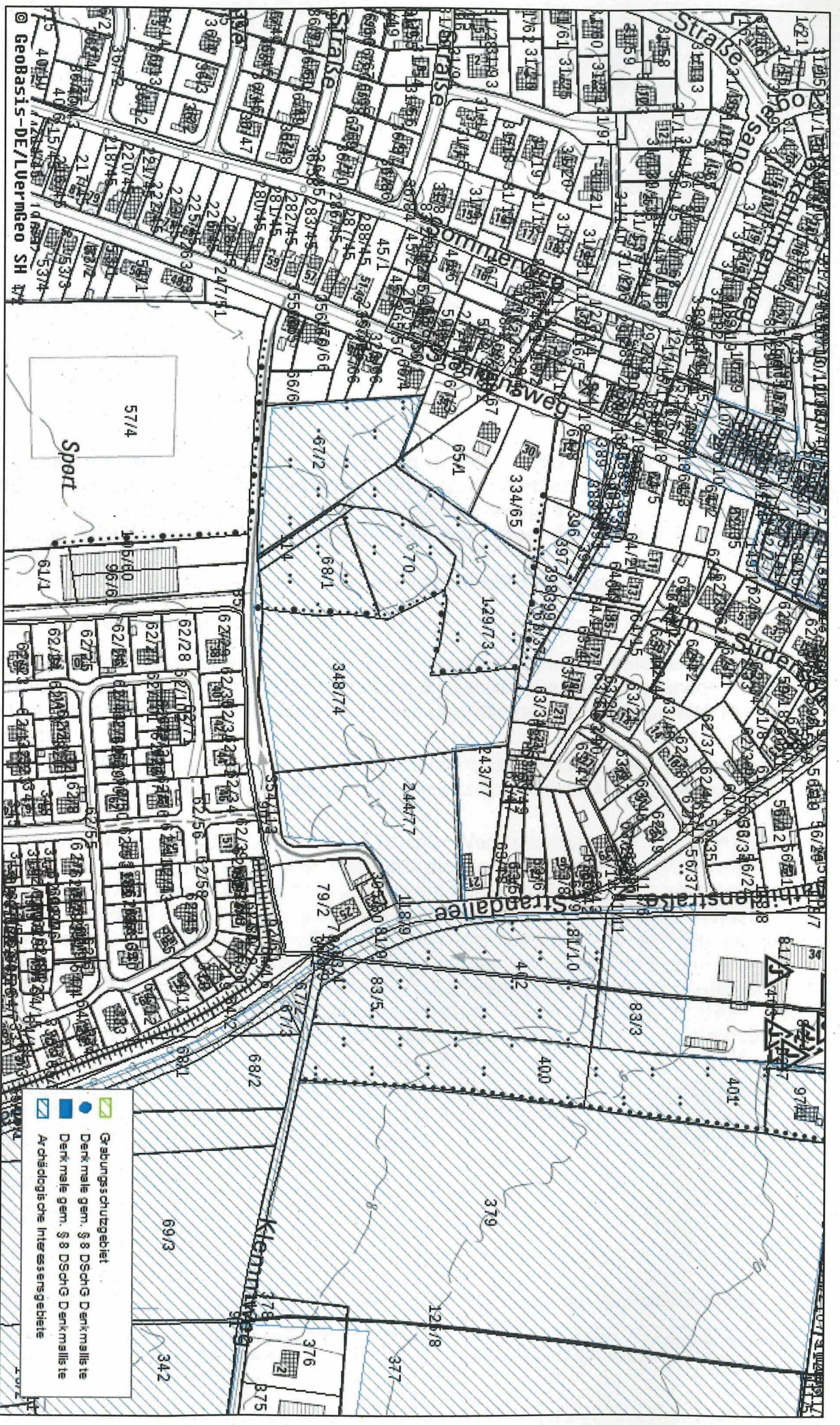
Mit freundlichen Grüßen



Kerstin Orlowski

Anlage: Auszug aus der Archäologischen Landesaufnahme





© Geobasis-DE/LüermeGeo SH 17

- Gebungsschutzgebiet
- Denkmal gem. § 8 DSchG Denkmalstelle
- Denkmal gem. § 8 DSchG Denkmalstelle
- Archäologische Interessengebiete





Stadt Fehmarn  
Der Bürgermeister

EINGANG

10. Nov. 2020

PLANUNGSBÜRO  
OSTHOLSTEIN

swf

PLANUNGSBÜRO OSTHOLSTEIN  
Dipl.-Ing. Andreas Nagel (SRL)  
Tremkamp 24 · 23611 Bad Schwartau

Stadtwerke Fehmarn · Postfach 1240 · 23763 Fehmarn

**Planungsbüro Ostholstein**

z. Hd. Fr. Schroedter

Tremkamp 24

23611 Bad Schwartau

Verwaltungsgebäude : Burg auf Fehmarn  
Bahnhofstr. 5  
23769 Fehmarn

Zimmer : 28  
Telefon (Zentrale) : 04371 / 506 – 0  
Telefax : 04371 / 506 – 711  
eMail (zentral) : [info@stadtfehmarn.de](mailto:info@stadtfehmarn.de)  
Internet : [www.stadtwerke-fehmarn.de](http://www.stadtwerke-fehmarn.de)

Aktenzeichen 700	Auskunft erteilt Herr Deisinger	eMail <a href="mailto:s.deisinger@stadtfehmarn.de">s.deisinger@stadtfehmarn.de</a>	☎ (04371) 506-700	Datum 09.11.2020
---------------------	------------------------------------	---	----------------------	---------------------

**Stadt Fehmarn: Bebauungsplan Nr. 126 der Stadt Fehmarn für ein Gebiet im Ortsteil Burg auf Fehmarn für Wohnbebauung im Bereich südlich Am Südersoll, westlich der Strandallee, nördlich An der Reiterkoppel und östlich des Staakensweges**

- Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß §4 (1) BauGB
- Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß §2 (2) BauGB
- Planungsanzeige gemäß §11 Landesplanungsgesetz

Sehr geehrte Fr. Schroedter,  
wir bedanken uns für die frühzeitige Beteiligung am oben genannten Verfahren und nehmen zu Punkt 5.3 (Wasserentsorgung NW/SW) wie folgt Stellung:

Die Stadtwerke Fehmarn sind für die Entsorgung des anfallenden Oberflächenwassers (Niederschlagwasser/NW) von bebauten und versiegelten Flächen auf der gesamten Insel Fehmarn sowie für die Schmutzwasserentsorgung (SW) im Bereich der Ortslage Burg zuständig. In der Ortslage Burg a.F. ist ein Trennsystem vorhanden.

**Schmutzwasserentsorgung:**

Das Schmutzwasser des Bebauungsplangebiets kann über eine vorhandene Leitung im Bereich der Planstrasse A angeschlossen werden. Der Verlauf der SW-Leitung ist Richtung der Straße Staakensweg und bindet dort auf den Hauptsammler der Stadtwerke Fehmarn an. Dieser leitet das Abwasser zum Klärwerk der Stadtwerke Fehmarn im Bereich Menzelweg ab. Eine hydraulische Betrachtung der anfallenden Schmutzwassermengen für das B-Plangebiet sowie dem angrenzenden B-Plangebiet 115 wurde bereits durch ein Ing.-Büro (Wasser- und Verkehrskontor GmbH) im

**Konto der Stadtwerke Fehmarn:**

Sparkasse Holstein, BLZ 213 522 40, Kto.-Nr. 135 846 855  
IBAN-Nr.: DE 732 135 224 001 358 468 55  
BIC-Nr.: NOLADE21HOL

**Sprechzeiten:**

Montag bis Freitag 08.00 - 12.00 Uhr  
Dienstag 08.00 - 18.00 Uhr  
und nach vorheriger Absprache

Werkleiter ist Herr W.-Ing. Sascha Deisinger.

Die Stadtwerke Fehmarn sind ein Eigenbetrieb der Stadt Fehmarn nach der Schl.-H. EigVO.

Gesetzlicher Vertreter der Stadt Fehmarn ist Bürgermeister Jörg Weber

Vorwege vorgenommen. Die vorhandene Leitung kann, nach der vorliegenden Berechnung, die ermittelten Werte der zusätzlichen Bebauung (Abflussmengen) aufnehmen.

### **Oberflächenentwässerung:**

Das anfallende Oberflächenwasser kann an das bestehende Regenrückhaltebecken angeschlossen werden. Auch hier wurde eine Betrachtung im Vorfeld durchgeführt (B-Plan 115). Ggf. ist hier das Becken durch den Investor entsprechend zu ertüchtigen und auszubauen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Deisinger  
Werkleiter

**Konto der Stadtwerke Fehmarn:**

Sparkasse Holstein, BLZ 213 522 40, Kto.-Nr. 135 846 855  
IBAN-Nr.: DE 732 135 224 001 358 468 55  
BIC-Nr.: NOLADE21HOL

**Sprechzeiten:**

Montag bis Freitag 08.00 - 12.00 Uhr  
Dienstag 08.00 - 18.00 Uhr  
und nach vorheriger Absprache

**Werkleiter** ist Herr W.-Ing. Sascha Deisinger.

Die Stadtwerke Fehmarn sind ein Eigenbetrieb der Stadt Fehmarn nach der Schl.-H. EigVO.  
Gesetzlicher Vertreter der Stadt Fehmarn ist Bürgermeister Jörg Weber





Schleswig-Holstein  
Der echte Norden



Landesbetrieb für Küstenschutz,  
Nationalpark und Meeresschutz  
Schleswig-Holstein

Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz  
Schleswig-Holstein | Postfach 4180 | 24040 Kiel

Betriebsstätte Kiel

Planungsbüro Ostholstein  
Frau Schroedter / Herrn Nagel  
Tremskamp 24  
23611 Bad Schwartau

Ihr Zeichen: /  
Ihre Nachricht vom: 22. Oktober 2020  
Mein Zeichen: 4021/5121.12-55/046  
Meine Nachricht vom: /

Frau Angela Kruse  
[Angela.Kruse@lkn.landsh.de](mailto:Angela.Kruse@lkn.landsh.de)  
Telefon: 0431 / 7026 – 147  
Di. und Do. 04321 / 330080  
Telefax: 0431 / 7026 – 111

Herr Wolfgang Jensen  
Baubetrieb 5 / Betriebshof Schwienkuhl  
[Wolfgang.Jensen@lkn.landsh.de](mailto:Wolfgang.Jensen@lkn.landsh.de)  
Telefon: 04363 / 33 14  
Telefax: 04363 / 90 10 27

Herr Mathias Fiege  
[Mathias.Fiege@lkn.landsh.de](mailto:Mathias.Fiege@lkn.landsh.de)  
Telefon: 04841 / 667 - 250  
Telefax: 04841 / 667 - 115

**EINGANG**

**18. Nov. 2020**

**PLANUNGSBÜRO  
OSTHOLSTEIN**

Kiel, den 13. November 2020

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 126 der Stadt Fehmarn für ein Gebiet im Ortsteil Burg auf Fehmarn für Wohnbebauung im Bereich südlich Am Südersoll, westlich der Strandallee, nördlich An der Reiterkoppel und östlich des Staakensweg**  
**- Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB**

Sehr geehrte Frau Schroedter,  
sehr geehrter Herr Nagel,

zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 126 der Stadt Fehmarn für ein Gebiet im Ortsteil Burg auf Fehmarn für Wohnbebauung im Bereich südlich Am Südersoll, westlich der Strandallee, nördlich An der Reiterkoppel und östlich des Staakensweg, nehme ich aus Sicht des Küsten- und Hochwasserschutzes wie folgt Stellung:

....



Bauverbote gemäß § 82 Abs 1 LWG (Errichtung baulicher Anlagen an der Küste) bestehen nicht. Gemäß § 82 Abs 1 LWG dürfen bauliche Anlagen

- in einer Entfernung bis zu 50 m landwärts vom Fußpunkt der Innenboschung von Landesschutzdeichen und bis zu 25 m vom Fußpunkt der Innenboschung von Regionaldeichen (Nr 1),
- im Deichvorland (Nr 2),
- in einer Entfernung bis zu 150 m landwärts von der oberen Boschungskante eines Steilufers oder vom seeseitigen Fußpunkt einer Düne oder eines Strandwalles (Nr 3)
- sowie in den Hochwasserrisikogebieten an der Küste (§ 59 Abs. 1 Satz 2 LWG) (Nr 4)

nicht errichtet oder wesentlich geändert werden. Dies trifft in diesem Fall nicht zu, da hier kein Landesschutzdeich bzw. Regionaldeich und auch kein Deichvorland in unmittelbarer Nähe vorhanden sind. Des Weiteren liegt das Plangebiet in ausreichender Entfernung zu den Küstenlinien der Insel Fehmarn und derzeit auch in keinem ausgewiesenen Hochwasserrisikogebiet an der Küste gemäß § 59 Abs 1 Satz 2 LWG. Die für die Bewertung maßgeblichen Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten können im Hochwasser-Sturmflut-Informationssystem Schleswig-Holstein ([www.hochwasserkarten.schleswig-holstein.de](http://www.hochwasserkarten.schleswig-holstein.de)) eingesehen werden. Dort ist unter "Hochwasserkarten 2. Berichtszyklus 2018 – 2021" und „Kustenhochwasser“ die Hochwassergefahrenkarte „HWGK HW200“ auszuwählen.

Weiterhin befindet sich das Plangebiet weder im Bereich eines Deiches/Deichschutzstreifens gemäß § 66 Abs 1 LWG i V m § 70 Abs 1 LWG (Benutzungen von Deichen), noch werden grundlegende Belange des § 80 LWG (Genehmigungspflicht für Anlagen an der Küste) und des § 81 LWG (Nutzungsverbote und Nutzungsbeschränkungen an der Küste) berührt.

Eine Genehmigung bzw. mein Einvernehmen gemäß LWG ist demnach nicht erforderlich.

**Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 126 der Stadt Fehmarn für ein Gebiet im Ortsteil Burg auf Fehmarn für Wohnbebauung im Bereich südlich Am Südersoll, westlich der Strandallee, nördlich An der Reiterkoppel und östlich des Staakensweg, bestehen aus Sicht des Küsten- und Hochwasserschutzes demnach keine Bedenken.**

Auf der Grundlage des Landeswassergesetzes und des jeweils geltenden Generalplanes Küstenschutz müssen auch künftig anstehende Küstenschutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Erhaltung bzw. Verbesserung des Hochwasser- und Küstenschutzes uneingeschränkt durchführbar sein. Soweit im Bebauungsplan Nr. 126 der Stadt Fehmarn Einschränkungen für diese Belange bestehen, sind diese auszuräumen.

Vorsorglich weise ich darauf hin, dass eine rechtskräftige Bauleitplanung, die unter Beteiligung der zuständigen Küstenschutzbehörde aufgestellt wurde, nicht für den Einzelfall erforderliche küstenschutzrechtliche Genehmigungen nach Landeswassergesetz ersetzt.

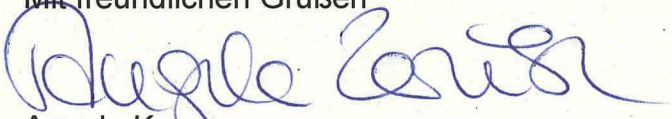
Auf Grund dieser Stellungnahme können Schadensersatzansprüche gegen das Land Schleswig-Holstein nicht geltend gemacht werden. Eine gesetzliche Verpflichtung zum Schutz der Küste vor Abbruch und Hochwasser besteht nicht und kann aus dieser Stellungnahme nicht abgeleitet werden. Bei Ausweisung von Baugebieten in gefährdeten Gebieten bestehen gegenüber dem Land keine Ansprüche auf Finanzierung oder Übernahme notwendiger Schutzmaßnahmen.

**Abschließend weise ich noch darauf hin, dass die Verantwortung für eine entsprechende Vorsorge gegen Ostseehochwasser- und/oder Ostseesturmflutereignisse sowie deren Folgen ausschließlich beim Vorhabenträger bzw. der Stadt Fehmarn liegt.**

**Nach Beendigung des Beteiligungsverfahrens und Beschluss der Satzung bitte ich um die Vorlage eines Exemplars des rechtskräftigen Bebauungsplanes. Vielen Dank im Voraus.**

Für Fragen stehe ich Ihnen unter den o. a. Erreichbarkeiten gerne zur Verfügung. Dienstags und donnerstags bin ich i. d. R. unter der Rufnummer 04321 / 330080 (Homeoffice) erreichbar. **Aufgrund von Außendienstterminen o. ä. kann es hier zu Verschiebungen kommen.**

Mit freundlichen Grüßen

  
Angela Kruse